

Ludwig Watzal

### Ein Kaleidoskop des Nahostkonflikts

Der Nahe Osten kommt nicht zur Ruhe. Terror und Gegenterror beherrschen das Leben sowohl der Israelis als auch der Palästinenser. Das Scheitern der Camp David-Verhandlungen zwischen Ehud Barak und Yassir Arafat unter Aufsicht von US-Präsident Bill Clinton hat dem Friedensprozesses endgültig den Garaus gemacht. Die Hauptverantwortung tragen Barak, der Arafat ein „Friedensdiktat“ auferlegen wollte, und Clinton, der keinerlei Druck auf Israel ausgeübt hat. Das sogenannte „großzügigste Angebot“ Israel hat es nie gegeben; es war ein Propagandacoup, auf den die gesamte westliche Öffentlichkeit hereingefallen ist. Kurze Zeit später brach die Al-Aqsa-Intifada am 29. September 2000 aus. Ursache war der Besuch von Ariel Sharon auf dem Haram al-Sharif (Tempelberg) tags zuvor. Seither regiert im Nahen Osten die nackte Gewalt. Die Regierung von Ariel Sharon hat die Anschläge in den USA am 11. September 2001 zum Anlass genommen, Arafat in eine Reihe mit Osama bin Laden zu stellen und den Befreiungskampf der Palästinenser als „Terrorismus“ zu diffamieren. Diese Entwicklung hat zu einer Flut von Publikationen über den Nahostkonflikt geführt, die von unterschiedlicher Qualität sind.

*Kai Wiedenhöfer: Perfect Peace. Die Palästinenser von Intifada zu Intifada. Steidl, Göttingen 2003. 175 S. ISBN 3-99243-814-2.*

Erstmalig liegt nun der Nahostkonflikt aus der Sicht der Palästinenser in einem Bildband vor. Der mit vielen Preisen ausgezeichnete Fotojournalist Kai Wiedenhöfer hat in den letzten zehn Jahren überwiegend in Palästina gearbeitet und gelebt. Er lernte Arabisch in Damaskus und schon bald nannten ihn die Palästinenser Habib al-Schaab, „Freund des Volkes“. Neben den örtlichen Verkehrsmitteln diente ihm sein Motorrad als Fortbewegungsmittel, auf dem das Landeswappen Baden-Württembergs angebracht war, wo er 1966 geboren wurde. Dieser Ausweis von Neutralität bewahrte ihn vor mancher Schikane an den israelischen Militärkontrollpunkten, aber es trug auch zu seiner Berühmtheit im Gaza-Streifen und der Westbank bei. „Das Motorrad ist für mich eine Insel inmitten all des Elends und der Stumpfsinnigkeit.“ In seinem kurzen „Nachwort“ erstaunt der überaus realistische Blick des Fotografen über die palästinensische Autonomie. Es scheint, als prägte das Sein doch das Bewusstsein.

Wiedenhöfers Bilder dokumentieren überzeugend, wie sich das Leben unter israelischer Besatzung abspielt. Die Fotos sind thematisch angeordnet und drehen sich um Besatzung, Widerstand, Märtyrer, Abzug, Kinder, tägliches Leben, Siedler und palästinensische Autonomie. In der Bildsequenz über „Kinder“ wird die Widersprüchlichkeit kindlicher Existenz unter Besatzung und Slum-Bedingungen deutlich. So erstreckt sich das Panorama von Fußball spielenden Kindern auf dem Areal des Haram el-Sharif, über fröhliches Kindertreiben am Strand von Gaza, über Protestdemonstrationen bei Beerdigungen, die Konfrontation mit den Besatzungstruppen, Parolen an den Häuserwänden der Flüchtlingslager bis hin zur Neugierde und Ausgelassenheit kindlichen Verhaltens. Ähnlich widersprüchlich sind die Bilder, die das tägliche Le-

ben dokumentieren. Sie sind Zeugnisse eines von Brutalität geprägten Alltags. Trotz alledem ist den Unterdrückten ihre Humanität nicht abhanden gekommen. Dies spricht gegen die Dehumanisierungsthese der Israelis, wonach die Palästinenser „Terroristen“ seien. Die Schwarz-Weiß-Fotos sind beeindruckende Dokumente eines kolonialen Konfliktes, der sich bereits über hundert Jahre hinzieht und schier endlos zu sein scheint. Obwohl Wiedenhöfer nicht über die „emotionale Distanz“ verfügt, gereicht dies seinen Fotos nicht zum Nachteil. Die „Distanzlosigkeit“ lässt auch den Betrachter den Konflikt hautnah erleben, ja sie berührt ihn emotional. Wer sich bildlich über Besatzung, Widerstand und Alltag beeindrucken lassen will, ist mit diesem Bildband bestens bedient.

*Amira Hass: Gaza – Tage und Nächte in einem besetzten Land. Aus dem Englischen von Sigrid Langhäuser. C. H. Beck, München 2003. 410 S. ISBN 3-406-50203-2.*

Ähnlich berührt den Leser der Erlebnisbericht der israelischen Journalistin Amira Hass, die einige Jahre in Gaza-Stadt unter Palästinensern gelebt und gearbeitet hat. Heute lebt sie in Ramallah. Sie wollte Gaza durch die Augen seiner Bewohner und nicht durch die Windschutzscheibe eines Armeejeeps kennen lernen.

„Den meisten Israelis kam mein Entschluss absurd, ja wahnsinnig vor, denn sie waren überzeugt, dass ich mein Leben aufs Spiel setzte.“

Hass lehnte schon immer die israelische Dämonisierung der Palästinenser ab. Für viele Israelis sind die Palästinenser „primitiv, gewalttätig und den Juden gegenüber feindlich gesinnt“. Dieses Klischee will die Journalistin der angesehenen Tageszeitung Ha'aretz bei ihren Landsleuten permanent erschüttern. Das andere Motiv liegt in ihrer Herkunft begründet. Ihre Eltern stammten aus Rumänien und haben den Terror des Nazi-Regimes überlebt. Sie rebellierten gegen jede Form von Ungerechtigkeit und ordneten sich dem linken Spektrum zu; darüber hinaus waren sie antizionistisch. Ihre Lebensgeschichte war von Widerstand gegen jede Ungerechtigkeit, von offener Meinungsäußerung und Gegenwehr geprägt; sie bilden das Vermächtnis für Amira Hass. Nicht Abenteuerlust war das Motiv, um nach Gaza zu ziehen, sondern die Angst, „zu einem tatenlosen Zuschauer zu werden“. Es ist dieser einmalige, autobiographische Hintergrund gewesen, welcher der Autorin den Weg nach Gaza gewiesen hat.

In ihrem Buch dokumentiert Hass den Alltag der Menschen im Gaza-Streifen, der nur als katastrophal und erniedrigend bezeichnet werden kann. Zu der Zeit, als sie dieses Buch schrieb, waren die Umstände verglichen mit heute noch „optimal“. Sie kritisiert sowohl das israelische Besatzungsregime, das die totale Kontrolle während des ganzen „Friedensprozesses“ aufrechterhalten hatte, als auch die Selbstherrlichkeit von Arafats Autonomiebehörde und deren schamlosen Privilegien, die aber nur von Israel geliehen sind. Das Leben im „Gefängnis von Gaza“ ist mehr als bedrückend. Die Autorin gehörte zu einer der ersten, welche die Logik des „Friedensprozesses“ durchschauten und als Mythos entlarvte. Für Hass ist die Besatzung ursächlich für die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit der Palästinenser, die einige von ihnen zu Verzweiflungstaten treibt und zu Selbstmordattentätern werden lässt. Nicht die Gewalt sei Ursache des Terrors, sondern die israelische Besatzung; diese Nachricht will Amira Hass auch ihrem deutschen Publikum vermitteln, und dies ist auch bitter nötig. In ei-



nem Epilog für die deutsche Ausgabe geht sie nochmals auf die wirkliche Absicht des „Friedensprozesses“ ein,

„die militärische Besatzung durch ein sehr viel ausgeklügelteres System zu ersetzen, in dem zwar das Militär unsichtbar sein, Israels Kontrolle über das Leben eines anderen Volkes jedoch weiterhin erhalten bleiben würde“.

Es habe in den Jahren bis 2000 von Seiten der Palästinenser immer wieder Warnzeichen gegeben, die Unterdrückung nicht weiter zu betreiben. Eine Kapitulation der Palästinenser würde weder Frieden noch Stabilität bringen. Die Warnungen bezogen sich auf vier Bereiche: die Fortsetzung des Siedlungsbaus, die totale Kontrolle des Lebens der Menschen und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die Weigerung Israels, sich mit seiner Verantwortung für das Elend der Flüchtlinge auseinander zu setzen sowie die arrogante Haltung der israelischen Unterhändler.

Wenn jemand bis heute noch nicht verstanden hat, warum der „Friedensprozess“ scheitern musste, begreift er es spätestens nach der Lektüre dieses Buches. Die Autorin verleiht den Palästinensern, die in Israel als „Terroristen“ dämonisiert werden, ein menschliches Gesicht. Ein überaus lesenswertes Buch, das die menschliche Seite des Nahostkonflikts wieder in Erinnerung ruft.

*Baruch Kimmerling: Politizid – Ariel Sharons Verbrechen gegen das palästinensische Volk. Aus dem Englischen von Dirk Oetzmann und Horst M. Langer. Diederichs, München 2003. 244 S. ISBN 3-7205-2375-6.*

Baruch Kimmerling gehört zu den renommiertesten Soziologen Israels. Er steht den „neuen Historikern“ nahe. Geboren in Rumänien, kam er 1952 nach Israel und begleitet seither die Politik des Landes aus kritischer Distanz. Der Autor beschreibt die israelische Politik als die eines fortwährenden „Politizids“, dessen Ziel es ist,

„das Ende der Existenz des palästinensischen Volkes als soziale, politische und wirtschaftliche Größe“

herbeizuführen. Der Politiker, der dies zu seinem ausschließlichen Lebensinhalt gemacht habe, sei der jetzige Ministerpräsident Ariel Sharon. Der erste Versuch habe 1948 mit der Vertreibung der Palästinenser im Rahmen der Staatsgründung begonnen, seine Fortsetzung fand er mit dem Massaker von Sabra und Shatila 1982 im Libanon und ist seit der Regierungsübernahme von Sharon in sein finales Stadium eingetreten. Seine Politik werde das Wesen der israelischen Gesellschaft zerstören und die moralische Basis des jüdischen Staates im Nahen Osten untergraben. Unter Sharon sei Israel eine Kraft der Zerstörung geworden. Das Ergebnis sei ein doppelter Politizid – das Ende der Palästinenser –, aber auf lange Sicht auch das Ende der jüdischen Gemeinschaft. Kimmerling sieht Israel auf dem Weg zum Faschismus, da man alles, was anders sei, als existenzielle Bedrohung ganz Israels und jedes einzelnen Israelis begreife. Was vor Sharon als undenkbar galt, nämlich die ethnische Säuberung als einen legitimen Lösungsansatz für die demographischen Probleme Israels, sei zu einem

„ausdrücklich anerkannten Bestandteil des alltäglichen politischen Diskurses in Israel geworden“.

Dagegen müssen sich die Israelis durch zivilen Ungehorsam wehren.

Für den Autor ist Israel „eine militärische, wirtschaftliche, und technologische Supermacht“. Israel wurde

„auf den Ruinen einer anderen Kultur aufgebaut, die dem Politizid und einer teilweisen ethnischen Säuberung zum Opfer fiel, auch wenn es dem neuen Staat Israel nicht gelang, die rivalisierende Kultur der ‚Eingeborenen‘ auszulöschen“.

Anders als andere Staaten Afrikas

„konnten sich die Palästinenser und die arabischen Staaten ihrer Kolonialherren nicht entledigen“.

Kimmerling beschreibt den Zustand seines Landes durch die Besatzung wie folgt:

„Im Laufe der Zeit wurde dieser Zustand institutionalisiert, und Israel wurde von einer echten Demokratie zu einer Herrenvolk-Demokratie.“

Ursprünglich wurde der Begriff für Südafrika geprägt, da dort Gesetze galten, die nicht von allen in Anspruch genommen werden konnten.

„Die israelischen Gesetze sind zu Gesetzen eines Herrenvolkes geworden und die Moral zu einer Gutsherrenmoral ... Die israelische Regierung hat ein zweiseitiges Rechtssystem, zweiseitige Gesetze und eine Doppelmoral geschaffen.“

Sharon und seine Ideologie seien Ausdruck einer Krise, die sich seit dem Beginn der Besatzung und Israels Umwandlung in eine Herrenvolk-Demokratie aufgebaut habe, so der Autor.

Kimmerling baut vor; er sei israelischer Patriot. Folglich schickt er seinen Ausführungen einen außergewöhnlichen Appell voraus: Er habe dieses Buch

„voller Schmerz und Trauer verfasst. Es ist keineswegs mein persönliches Ziel, aus ‚jüdischem Selbsthass Israel zu diffamieren‘, wie die meisten meiner politischen und ideologischen Gegner behaupten werden“.

Mit diesem Buch wolle er einen weiteren Versuch unternehmen,

„einem gütigen und humanistischen Volk die Augen zu öffnen, das die wahren Gefahren für Israel bis heute nicht erkannt hat“.

In drei Kapiteln unterzieht Kimmerling die israelische Gesellschaft einer sehr kritischen, aber überaus realistischen Analyse. Seine Ausführungen kreisen immer wieder um Ariel Sharon. Wie für Kenner schon bekannt, ist Sharons Vita mit Blut geschrieben. Der Autor lässt nochmals Sharon Brutalität und Rücksichtslosigkeit, aber auch seine Verschlagenheit und politische Klugheit für den Leser aufscheinen. Die jetzt gebildete Regierung weise einige Minister auf, die offen für einen „Transfer“ oder ethnische Säuberung der Palästinenser plädieren.

„Die eskalierende rassistische Demagogie gegen die palästinensischen Einwohner Israels weist auf die Dimension der Verbrechen hin, die vielleicht bereits geplant oder in Erwägung gezogen werden, als warte man nur auf den ‚richtigen Moment‘, um sie umzusetzen.“



Auch was der Autor zur historischen Entwicklung des Landes schreibt, hebt sich vom Mythos, der die offizielle Historiographie Israels umgibt, erfrischend ab.

Hoffentlich lernt die deutsche politische Klasse etwas von diesem Buch. Die Ausführungen Kimmerlings vermitteln ein Israel-Bild, das nur zu realistisch ist und das die deutschen Wunschvorstellungen von Israel und moralischen Befangenheiten nur als störend empfinden werden. Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess der deutschen Öffentlichkeit wird das Buch nicht haben, da es aufgrund seines Realismus weitgehend nicht zur Kenntnis genommen werden dürfte. Trotzdem ist dies ein überaus wichtiges und empfehlenswertes Buch.

*Tanya Reinhart: „Operation Dornenfeld“ – Der Israel-Palästina-Konflikt: Gerechter Frieden oder endloser Krieg. Aus dem Englischen von Michael Schiffmann. Atlantik-Verlag, Bremen 2002. 203 S. ISBN 3-926529-37-7.*

Auch Tanya Reinhart, Professorin für Linguistik an der Universität von Tel Aviv, geht in der vorliegenden Publikation mit ihrer eigenen Regierung überaus kritisch um. Anhand israelischer Presseberichte und israelischer Armee- und Regierungsdokumente analysiert sie in zehn Kapiteln die Entwicklung im Nahen Osten seit dem Scheitern der Verhandlungen von Camp David im Juli 2000. Für sie war der Oslo-Prozess, auch Friedensprozess genannt, ein „Täuschungsmanöver“. Reinhart zeigt auf, wo die Wurzeln der Krise in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten liegen. Für die Autorin unterscheiden sich sowohl die „rechten“ als auch die „linken“ israelischen Regierungen in ihrer Politik gegenüber den Palästinensern nur graduell. Dieses Faktum will die politische Klasse in Deutschland partout nicht zur Kenntnis nehmen.

Diese These belegt Reinhart unter anderem mit der Rolle, die Ehud Barak während der Camp David-Verhandlungen gespielt hat. Sie entzaubert den Mythos von Camp David, der geschaffen worden ist, und dies anhand von israelischen Presseberichten und einer genauen Analyse offizieller Regierungsverlautbarungen. So beruheten Baraks Vorschläge in Camp David auf dem sogenannten Beilin-Abu-Mazen-Plan, einer Vereinbarung zwischen Yossi Beilin und Abu Mazen, nach der alle Siedlungen unangetastet bleiben sollten. Für die Autorin ist die Vereinbarung ein „Dokument der Schande“. Auch die Hauptstadt eines „Palästinenserstaates“ hätte aus dem Dorf Abu Dis am Rande von Ost-Jerusalem bestanden, das die Palästinenser dann Al-Quds hätten nennen können. Dies war ebenfalls bereits im Beilin-Abu-Mazen-Plan vorgesehen. Ein Staat für die Palästinenser hätte nach Reinhart 42 Prozent umfasst. Mehr wollte auch Barak letztendlich nicht zugestehen. Auch Ministerpräsident Sharons „Friedensplan“ sieht sieben „Kantone“ vor, die durch „Tunnel“ oder „Hochstraßen“ verbunden sein sollen; auch sie umfassen nicht mehr als 42 Prozent des besetzten Gebietes. Im Augenblick baut Israel eine acht Meter hohe Mauer (!) um die Westbank – dagegen war die Berliner Mauer ein Schmuckstück.

Die Autorin hebt einen wichtigen Sachverhalt hervor: Erstmals sei in Camp David von Seiten Israels der Anspruch auf den Tempelberg erhoben worden. Bisher zielte aber die Politik aller israelischen Regierungen darauf ab, die religiöse Bedeutung des Tempelberges herunterzuspielen. Man habe der „Westmauer“ immer religiöse Bedeutung zugesprochen, obwohl sie in der Mishna nicht erwähnt ist, sondern dort nur vom „Tempelberg“ gesprochen werde.



Sharon verkündete im Dezember 2001 unverblümt, dass der Friedensprozess ein „historischer Fehler“ gewesen sei. Die Autorin weist nach, dass die Pläne zum „Sturz Arafats und der Palästinensischen Autonomiebehörde“ nicht von Sharon, sondern von Ehud Barak stammten; „Operation Dornenfeld“ lag bereits im Oktober 2000 vor, noch bevor die Autonomiebehörde zum „Terror“ übergang! Der Plan wurde von „Baraks Berater Danny Yatom erstellt“. Die Dämonisierung Arafats als Komplize des Terrorismus ist unter anderem auch der Konkurrenz der verschiedenen israelischen Geheimdienste geschuldet. Der augenblickliche Generalstabschef Moshe Ya'alon und damalige Chef des militärischen Geheimdienstes Amán vertrat seit 1997 die These „vom grünen Licht für den Terror“ durch Arafat, wie die Autorin nachweist. Ya'alon war es auch, der von den Palästinensern als eines „Krebsgeschwürs“ sprach, das man augenblicklich durch „Chemotherapie“ bekämpft; man könne aber auch „Amputationen“ vornehmen. Glaubt man der Autorin, so hätte auch eine von Barak geführte Regierung ähnlich gehandelt. Dafür spricht, dass die Verbrechen unter Aufsicht des „Friedenspolitikers“ Shimon Peres und der Arbeitspartei geschehen konnten.

Reinhart analysiert detailliert die Politik Sharons, der die Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern als die „zweite Hälfte von 1948“ bezeichnet hat. Was die Autorin in den anderen Kapiteln offen legt, ist für die Sharon-Regierung wenig schmeichelhaft, um es gelinde auszudrücken. Letztendlich könne nur ein Ende der Besatzung Frieden bringen; dazu ist die Sharon-Regierung aber nicht bereit, da sie auch die entlegensten Siedlungen im Gaza-Streifen und der Westbank nicht auflösen will. Ein Rückzug aus den besetzten Gebieten sollte im primären Interesse Israels liegen. Die Publikation von Tanya Reinhart ist ein überaus kritisches Buch zur Politik Israels, dem man aber etwas mehr Selbstkritik gewünscht hätte und das für die deutsche Öffentlichkeit und die politische Klasse allemal eine Pflichtlektüre darstellt, insbesondere für Außenminister Joschka Fischer.

*Alain Gresh: Israel-Palästina – Die Hintergründe eines unendlichen Konflikts. Aus dem Französischen von Bodo Schulze. Rotpunktverlag, Zürich 2002. 192 S. ISBN 3-85869-245-x.*

Diese Empfehlung trifft auch für das Buch von Alain Gresh, Chefredakteur der renommierten Monatszeitung „Le Monde diplomatique“, zu. Er hat eine kurze, aber sehr prägnante Geschichte des Nahostkonflikts vorgelegt. Sie besticht durch die Konzentration auf das Wesentlichste und ist stark historisch geprägt. Das Buch handelt von der Entstehung des Konflikts, von Judentum und Zionismus, der Staatsgründung Israels und dem Untergang Palästinas, dem Völkermord und dem Leiden des Anderen sowie der Besatzungspolitik Israels und dem Scheitern des sogenannten Friedensprozesses. Der seit über 100 Jahren schwelende älteste Regionalkonflikt zwischen Palästinensern und Israelis wurde in den letzten zwei Jahren durch einige besonders brutale Kapitel ergänzt.

Der Autor gehört zu einer Spezies, die in den sechziger Jahren, der Zeit der Entkolonisierungsbewegungen, sozialisiert wurde und für die Solidarität mit den „Verdammten dieser Erde“ kein Fremdwort ist. Im Einleitungskapitel, das in Form eines sehr persönlichen Briefes an seine Tochter abgefasst ist, gibt er Einblicke in seine Weltanschauung: Weder Herkunft noch Religion spielten irgendeine Rolle. Man



verstand sich als integraler Bestandteil der Menschheit, „Rassenzuschreibungen“ waren verpönt, nationale Zugehörigkeit perdu. Gresh versteht sich als Atheist, respektiert aber die Gläubigen.

Die Ausführungen des Autors sind stark von der französischen Debatte zum Nahostkonflikt und zum Antisemitismus geprägt. Dies ist jedoch kein Nachteil, da besonders die politische Elite in Deutschland und den USA davon profitieren könnte. Diese Debatte „scheint tatsächlich alle Wertvorstellungen zu verwirren“. Sobald über diesen kleinen Fleck Erde diskutiert werde, änderten sich die Prinzipien und Wertvorstellungen. Herausragende Intellektuelle sträubten sich, wenn es um Palästina gehe, und sie legen oft zweierlei Maß an. Eine solche Doppelmoral lehnt Gresh ab. Er setzt sich intensiv mit den Holocaust-Leugnern à la Garaudy auseinander. Der Autor ist jeder Relativierung der Nazi-Verbrechen am europäischen Judentum abhold: Die Shoah lasse sich mit dem Leiden der Palästinenser nicht gleichsetzen, gleichwohl steht Gresh auf der Seite der unterdrückten Palästinenser.

Der Autor kritisiert die Besatzungspolitik Israels. Sie werde dadurch so unvergleichbar, weil die Besiedlung der besetzten Gebiete die Speerspitze der Strategie Israels sei. Der Bau der Umgehungsstraßen und die Verdoppelung der Siedler während des Friedensprozesses habe diesen ad absurdum geführt. Als einzige Waffe gegen die palästinensischen Terroranschläge wären „entschlossene Schritte zur Beendigung der Besatzung, zur Schaffung eines palästinensischen Staates“ nötig gewesen. Dazu sei auch Ehud Barak in Camp David nicht bereit gewesen. Gresh kritisiert scharf die brutale Unterdrückungspolitik Ariel Sharons. Sein Ziel sei nicht nur die „Zermalmung“ der Autonomiebehörde und die „Zwangsjacke der Osloer Abkommen loszuwerden“, sondern vielmehr „die Kapitulation der palästinensischen Bevölkerung, ihr Verzicht auf jede Art von Widerstand“.

Abgerundet wird diese Darstellung durch eine Zeittafel vom Ersten Weltkrieg bis zur zweiten Intifada sowie acht hervorragende Karten. Dieses Buch ist sehr gut geschrieben, was für Sachbücher nicht immer gilt. Eine ausgezeichnete Abhandlung, die jeder gelesen haben sollte.

*Noam Chomsky: Offene Wunde Nahost. Israel, die Palästinenser und die US-Politik. Europa Verlag, Hamburg 2002. 352 S. ISBN 3-203-76014-2.*

Endlich, so könnte man sagen, wurde das Buch „Fateful Triangle“ des renommierten Linguisten Noam Chomsky ins Deutsche übersetzt; es erschien erstmalig 1983. Das Buch ist ein Klassiker. Leider fiel die Hälfte der Originalausgabe Kürzungen zum Opfer, weil sich vier Kapitel zu sehr mit der amerikanischen Israel- und Nahostpolitik beschäftigten. Schade, denn sie hätten dem Leser tiefe Einsichten in die einseitige Pro-Israel-Politik der USA gegeben, die für das Verständnis der aktuellen Lage sehr erhellend gewesen wären. In Retrospektive gelesen, sind auch die verbliebenen fünf Kapitel von einer unglaublichen Aktualität. Die meisten Einschätzungen und Bewertungen des Autors haben auch nach 16 Jahren noch Bestand. Welches Sachbuch kann dies schon für sich in Anspruch nehmen? Chomskys antizionistische Haltung scheint ihn vor einer Israel-Verklärung bewahrt zu haben, wie sie insbesondere von liberalen Kreisen in den USA betrieben wird. Der Autor, der am Massachusetts Institute of Technology lehrt, weist dieses Image als unzutreffend zurück.

Die 35jährige Besatzungs- und Siedlungspolitik könne Israel nur deshalb aufrechterhalten, weil es von den USA zum großen Teil finanziert wird.

„Dieses pro-israelische Engagement verhindert die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts und jegliche Anerkennung elementarer Rechte für die Palästinenser ... Das historisch einzigartige Bündnis zwischen den USA und Israel beruht auf der Einsicht, dass Israel ein ‚strategischer Aktivposten‘ ist, der zusammen mit den arabischen Fassadären im Golf und mit anderen regionalen Schutzherren der Familiendiktaturen die Ziele der USA im Nahen Osten (und anderenorts) umsetzt.“

Im Kapitel über die „Vorgeschichte des Nahost-Konflikts“ entwirft Chomsky eine historische Sichtweise, die den gängigen historischen Schilderungen in Israel in zentralen Punkten widerspricht. So belegt der Autor, dass die zionistischen Politiker nie einen wirklichen Ausgleich mit der einheimischen arabischen Bevölkerung anstrebten und den Teilungsplan vom November 1947 nur aus taktischen Gründen akzeptiert hatten. Besonders deutlich erklärte dies David Ben-Gurion, der erste Ministerpräsident Israels, bereits 1937:

„Wir werden einen Staat in den heutigen festgelegten Grenzen akzeptieren, aber die Grenzen der zionistischen Bestrebungen sind Sache des jüdischen Volks, und kein äußerer Faktor wird sie beeinflussen können ... Wenn wir durch die Gründung des Staates zu einer starken Macht geworden sind, werden wir die Teilung aufheben und uns auf ganz Palästina ausdehnen.“

Intern sprach Ben-Gurion Klartext:

„Politisch sind wir die Aggressoren und sie verteidigen sich ... Das Land gehört ihnen, weil sie es bewohnen, wohingegen wir von draußen kommen und hier siedeln.“

Für Chomsky sind die Hauptverantwortlichen für die ganze Misere im Nahen Osten die USA und erst an zweiter Stelle Israel. Beide bilden sie die „Verweigerungsfront“ gegenüber den Unterprivilegierten.

„Im Hinblick auf die Palästinenser verfolgen Israel und die USA auch weiterhin das extreme Ausgrenzungsprogramm, das sie seit Anfang der siebziger Jahre betreiben.“

Diese Verweigerungshaltung wurde durch Präsident Richard Nixons Sicherheitsberater Henry Kissinger in die US-Nahostpolitik eingeführt. Er bootete den damaligen Außenminister William Rogers aus, der im Dezember 1969 einen Friedensplan vorgelegt hatte, der dem internationalen Konsens entsprach, und nach dem Israel sich aus den besetzten Gebieten hätte zurückziehen müssen. Seit dieser Zeit wurde die „Groß-Israel-Position“ praktische Politik der USA; sie gilt mit Modifikationen bis heute. Selbst der Reagan-Plan, der einen vorübergehenden israelischen Siedlungsstopp und für die Palästinenser nur eine Autonomie vorsah, wurde von Ministerpräsident Begin torpediert, indem er sein Siedlungsprogramm beschleunigte.



Für den Autor ist es völlig klar, dass Israel das tut, was Washington will. Macht es sich Chomsky da nicht zu einfach? Sind nicht die USA auch teilweise von Israel abhängig? Hatte nicht Netanyahu mit seiner renitenten Haltung mehrmals US-Präsident Clinton öffentlich düpiert? Sein Ziel war es, Israel vom amerikanischen Geldtropf langsam abzunabeln. Auch die Ministerpräsidenten Begin und Shamir reagierten auf US-amerikanischen Druck widerborstig und handelten gegen US-Interessen. Die Ministerpräsidenten der Arbeitspartei erweisen sich da viel konzilianter. Der Antrittsbesuch Ehud Baraks in den USA war ein großer Erfolg. Er war aber ein ebenso harter Verhandlungspartner für die Palästinenser, wie es Netanyahu war, von Ariel Sharon gar nicht zu reden. Durch seine ideologische Nähe zu George W. Bush hat Sharon enormen Einfluss auf die US-Politik gegenüber dem Irak.

Der Autor geht besonders mit der Berichterstattung der US-Medien ins Gericht. Jeder israelische Angriff, sei es im Libanon oder in den besetzten Gebieten, wird gerechtfertigt oder relativiert. Für das brutale Besatzungsregime und die zahllosen Menschenrechtsverletzungen in der Westbank und dem Gaza-Streifen wird um Verständnis geworben. Selbst das Massaker von Sabra und Shatila erfuhr in den amerikanischen Medien keine einhellige Verurteilung. Als bequemes Argument bietet sich der „palästinensische Terrorismus“ an. Dass es hier der Differenzierung bedarf, macht der Autor mehrmals deutlich. Chomsky ist aber weit entfernt von einer Rechtfertigung desselben. Wie denn die diversen Libanon-Abenteuer immer im Desaster für Israel geendet haben. Ob es sich um Begins und Sharons Invasion „Frieden für Galiläa“, Rabins „Operation Verantwortlichkeit“ oder Peres' Aktion „Früchte des Zorns“ gehandelt hat, immer ging der Schuss für Israel nach hinten los. Die sogenannte Sicherheitszone hat das Leben von über 1000 israelischen Soldaten gekostet.

Im Westen werden Rabin und Peres als „Friedenspolitiker“ bezeichnet, die angeblich für einen Palästinenserstaat eingetreten sind; dies trifft jedoch nicht zu. Die Unterschiede zwischen den „Friedenspolitikern“, Netanyahu und Sharon sind nur kosmetischer Natur; dies wird im Westen geflissentlich übersehen.

„Arbeiter- und Likudpartei streben gleichermaßen eine den südafrikanischen Bantusatsans vergleichbare Regelung an, ohne damit gegen die Bestimmungen von Oslo I oder II zu verstoßen.“

Chomsky macht im Kapitel „Washingtons ‚Friedensprozess‘“ auf die Widersprüche und Ungereimtheiten dieses Prozesses aufmerksam. Er war die Fortsetzung der Okkupation im anderen Gewand. In keinem der Abkommen sind die nationalen Rechte der Palästinenser erwähnt und sie bedeuten für sie eine Katastrophe.

„Das Abkommen von Oslo II und seine Folgen stellen mithin einen weiteren Triumph der amerikanisch-israelischen Verweigerungshaltung dar, die sich zwar vom Rest der Welt isoliert, aber über die Waffen und andere Hebel der Macht verfügt ... Der Friedensprozess dient den Interessen seiner Architekten, während die Interessen der anderen höchstens eine Nebenrolle spielen.“

Erfrischend an Chomskys Ausführungen ist, dass er die historischen Verzerrungen, relativierenden Rechtfertigungen von Aktionen wie den Vandalismus der israelischen Armee in den besetzten Gebieten, die nicht zu rechtfertigen sind, und scheinbar be-

wussten Desinformationen nicht nur beim Namen nennt, sondern auch mit zahlreichen Belegen untermauert. Die Diskrepanz zwischen Friedensrhetorik und Realpolitik könnte nicht deutlicher zutage treten als im nahöstlichen Machtpoker. Wenn dem Autor eines gelungen ist, dann ist es die Lüftung des Schleiers, der sich um die Mythen des Nahostkonflikts gelegt hat. Dass die Hegemonialmacht USA und Israel dabei in die Kritik geraten, liegt in deren Politik begründet. Das Buch ist ein besonders guter Ratgeber für Politiker und politische Analytiker, denen es zu oft an einer realistischen Bewertung Israels mangelt: Sei es aus historischen Gründen wie in Deutschland, sei es aus politischer Einseitigkeit wie in den USA. Chomsky hat eine phantastische Analyse einer der großen Tragödien nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vorgelegt – für jeden Nahost-Interessierten ein Muss.

*Norman G. Finkelstein: Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser – Mythos und Realität. Diederichs, München 2002. 400 S. ISBN 3-7205-2368-3.*

Der Nahostkonflikt kommt nicht aus den Schlagzeilen. Dazu wird auch das Buch des Politikwissenschaftlers Norman G. Finkelstein beitragen. Er ist in Deutschland kein Unbekannter. Finkelstein hat nicht nur „Hitlers willige Vollstrecker“ seines Kollegen Daniel J. Goldhagen, das hierzulande überschwänglich aufgenommen worden ist, als wissenschaftlich „wertlos“ charakterisiert, sondern auch den amerikanisch-jüdischen Interessenvertretern vorgeworfen, sie hätten aus dem Holocaust-Gedenken eine „Holocaust-Industrie“ gemacht und instrumentalisierten das Andenken an die Opfer für ihre eigenen politischen Zwecke. Beide Bücher haben nicht nur in Deutschland einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Abneigung, welche die jüdische Gemeinschaft in den USA Finkelstein entgegenbringt, beruht jedoch auf dem vorliegenden Buch.

Die Inspiration für diese Arbeit erhielt der Autor durch die Debatte zwischen Michael Walzer und Noam Chomsky, die um die Frage kreiste, ob ein jüdischer Staat auch ein demokratischer sein könne. Finkelstein vertritt die These, dass der Zionismus eine Art romantischer Nationalismus und mit den liberalen Werten unvereinbar sei. Von seiner ideologischen Grundierung her muss dem Autor der Zionismus als reaktionär und kolonialistisch erscheinen, da Finkelstein sich der trotzkistischen Richtung verpflichtet fühlt. Folglich sieht er den Nahostkonflikt auch stark durch ökonomisch-imperialistische Interessen der USA bestimmt, die an seiner dauerhaften Fortsetzung ein politisches Interesse hätten.

Kritisch steht Finkelstein auch der offiziellen israelischen Geschichtsdeutung gegenüber. Der Mythos vom „jungfräulichen Land“ oder der „Wildnis“, der auch in anderen ideologischen Konzeptionen wie bei der Besiedlung des Westens der USA oder bei der Nazibesiedlung Osteuropas eine Rolle gespielt hat, fand auch im Slogan „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ seine Instrumentalisierung. Der Autor versucht immer wieder, Parallelen zwischen der Vernichtung und Ghettoisierung der Indianer in den USA, der israelischen Politik der Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat und der Vernichtungspolitik der Nazis gegenüber dem europäischen Judentum und gegenüber den Völkern Osteuropas zu ziehen. Diese Vergleiche hinken nicht nur, sie gehören zu den wenig nachvollziehbaren Passagen des ansonsten wichtigen Buches.



Obwohl der Zionismus einen historischen Anspruch auf Palästina erhebt, behauptet der Autor, dass dieser weder „historisch noch ein Recht“ war. Historisch sei er nicht gewesen, weil er sowohl zweitausend Jahre nicht-jüdischer Besiedlung Palästinas als auch zweitausend Jahre jüdischen Lebens außerhalb Palästinas nicht berücksichtigte. Ein Recht habe ebenso wenig bestanden außer in der romantischen „Mystik“ von „Blut und Boden“ und der romantischen „Verehrung“ der „Toten, der Helden und der Gräber“, wie es die Historikerin Anita Shapira in ihrem Buch „Land and Power“ beschrieben habe, das der Autor ebenfalls einer Kritik unterzog. Ebenso wird der Mythos der „Selbstverteidigung“ von Finkelstein zurückgewiesen. Selbst die Theorie des kritischen Historikers Benny Morris, dass das palästinensische Flüchtlingsproblem aufgrund des Krieges von 1948 entstanden sei und nicht geplant war, bezweifelt der Autor. Er führt sodann einige Beispiele an, die zeigen, dass die arabische Bevölkerung Palästinas auf Befehl der israelischen Armee vertrieben worden ist.

Den Sechstagekrieg vom Juni 1967 umgibt eine mythische Aura: David gegen Goliath, sprich: Das kleine Israel sei von arabischen Armeen in seiner Existenz bedroht gewesen. Finkelstein führt israelische Militärs und Politiker als Kronzeugen an wie General Mattityahu Peled, einer der Architekten des Juni-Krieges. Dieser behauptete, dass der bevorstehende Untergang Israels ein „Bluff“ gewesen sei und fügte hinzu,

„trotz aller erfundenen Geschichten, Israel befände sich ‚in einem verzweiferten Kampf um die Existenz und kann jeden Augenblick ausgelöscht werden‘, hätte in Wahrheit seit 1949 kein Land mehr eine tödliche Bedrohung für Israel dargestellt“.

Dass Israel bei einem Angriff der arabischen Staaten siegen würde, galt auch nach US-amerikanischer Meinung als ausgemacht. So war für den ehemaligen US-Verteidigungsminister Robert McNamara klar, dass Israel „ohne den Hauch eines Zweifels“ siegen würde.

Finkelstein versucht mit aller Macht, den Zionismus zu delegitimieren. Dabei kommt es jedoch zu Überzeichnungen, die sein Anliegen fraglich erscheinen lassen. Die Arbeit des an Universitäten in Chicago und New York City lehrenden Politikwissenschaftlers vermittelt aber ein völlig anderes Israelbild, als es in Deutschland gängig ist. Die Arbeit des Autors zeigt auch, dass eine solch israelkritische Sichtweise rational und wissenschaftlich begründet werden kann. Für das Verständnis des israelisch-arabischen Konflikts leistet diese Buch einen wesentlichen Beitrag, obwohl dieser nicht zum Vorteil Israels ausfällt. Auf der Grundlage dieser wissenschaftlichen Arbeit sollte der bilaterale Konflikt neu bewertet und diskutiert werden.

*Jonathan Nitzan/Shimshon Bichler: The Global Political Economy of Israel. Pluto, London 2002. 407 S. ISBN 0-7453-1675-1.*

Seit der Staatsgründung Israels hat sich das Land von einer landwirtschaftlichen Kolonie in einen Wohlfahrtsstaat verwandelt, der total in den Weltmarkt integriert ist, aber große Einkommensunterschiede aufweist. Jonathan Nitzan und Shimshon Bichler lehren Politische Ökonomie in Israel und den USA und warten mit provokanten Thesen zum Nahostkonflikt auf: Der Nahostkonflikt wird nicht auf den Straßen von Nablus oder in den Hütten des Flüchtlingslagers Jenin entschieden, sondern in den

Führungsetagen der multinationalen Konzerne, in denen die Spitzen der Rüstungs- und Ölindustrie die Fäden gegen die Kritiker der Globalisierung ziehen. Diese These klingt auf den ersten Blick verschwörungstheoretisch, aber das Buch ist viel zu seriös, als dass man es mit diesem Vorwurf diskreditieren könnte.

Oberflächlich betrachtet, haben wir es im Nahen Osten mit der Huntingtonschen Rhetorik eines „Zusammenstosses der Kulturen“ zu tun, so die Autoren. Dieser drückt sich häufig in Klischees aus: „Jihad vs. McDonald's“, „Islamischer Fundamentalismus vs. Markt“, „Fremdenfeindlicher Nationalismus vs. Neoliberalismus“ oder „Dritte Welt vs. Erste Welt“. In jeder Verallgemeinerung steckt immer ein Korn Wahrheit, so gewiss auch in diesen. Neben den oberflächlichen Erklärungsmustern gibt es aber gewichtigere Gründe, welche die radikale Umkehr in den internationalen Beziehungen erklären: Für die Autoren liegen sie in der Natur der Kapitalakkumulation, den Besitzverhältnissen und den innerkapitalistischen Widersprüchen. Alles altbekannte marxistische Analyseketegorien.

In den Kapiteln „Kapital und Macht“, die „Geschichte der israelischen Machtstruktur“, die „Schaffung der Stagflation“, die „Waffendollar-Petrodollar-Koalition“ und vom „Ausländischen Investor zum Transnationalen Besitzer“ wird die Entwicklung Israels politökonomisch gedeutet. Erstmals wurden diese Fragen gestellt und beantwortet. Um die kapitalistische Entwicklung zu verstehen, so eine These der Autoren, ist es notwendig, die künstliche Trennung zwischen Wirtschaft und Politik aufzuheben. Wie künstlich diese Allianz ist, zeigen die Autoren an der Entstehung der „Waffendollar-Petrodollar-Koalition“ zu Beginn der siebziger Jahre. Sie bestand aus den Ölgesellschaften, Waffenproduzenten und der OPEC und wurde von den USA und einigen europäischen Ländern unterstützt. Der zentrale Fokus dieser Allianz bestand in der „Energie- und Ölkrise“. Die Logik dieses Prozesses war einfach: Hohe Öleinnahmen brachten den Ölgesellschaften große Profite. Auch die OPEC-Länder profitierten davon und kauften von diesem Geld Waffen, um sich auf den nächsten Krieg vorzubereiten. Zu dieser Zeit gingen ein Drittel der Waffenexporte in den Nahen Osten.

Diese Koalition zerbrach 1990 mit dem Ende des Kalten Krieges und wurde durch die „Technodollar-Mergerdollar-Koalition“ ersetzt, die auf ziviler Technologiebasis gründete. Anstatt von „Kriegsprofiten“, Nationalismus und Konflikten sprach man jetzt von „Friedensdividende“, Auslandsinvestitionen und neuen Märkten. Diese neoliberale Koalition schien bis Ende 2000 auch äußerst erfolgreich. Ihre Profite stiegen auf 15 Prozent, wohingegen die Profite aus dem Öl- und Waffengeschäft nur drei Prozent ausmachten, so die Autoren. Die Politik des Friedensprozesses habe Erwartungen des transnationalen Liberalismus zunichte gemacht, weil man Arafat zum Chef von „Palustan“ und die 1967 besetzten Gebiete zu einem „Schweizer Käse“ gemacht habe, ohne politische und wirtschaftliche Souveränität, Wasserrechte, mit allen Siedlungen und total von Israel abhängig. Hinzu kamen die innerisraelischen Probleme, insbesondere die demographischen.

„Fast 40 Prozent der Bevölkerung hat entweder nur eingeschränkt oder gar keine Affinität zum zionistischen Projekt.“



Nach Auffassung der Autoren entscheiden nicht Ariel Sharon oder Yassir Arafat über die Zukunft des Nahostkonflikts. Sie sind Rädchen in einem größeren Ganzen und verfügen nur über einen ihnen zugestandenen Handlungsspielraum. Nicht Persönlichkeit oder Ideologie sind die entscheidenden Faktoren, sondern die globalen ökonomischen Verhältnisse. Als Sharon die Macht übernahm, lag die „New Economy“ bereits in ihren letzten Zügen. Der Ölpreis stieg von zehn in 1999 auf 30 US-Dollar in 2000. Die Technologiebörse Nasdaq erreichte Ende 2000 ihren Höhepunkt, und im Januar 2001 übernahm eine erzkonservative Elite die Macht in den USA, die sich aus Öl- und Waffenlobbyisten zusammensetzt. Für die Autoren ist der Nahostkonflikt ein Spielball der beiden widerstrebenden Machtkoalitionen. Sollte der Einfluss der Öl- und Waffenlobby obsiegen, dann könnten sich der Konflikt und die Gewalt als zerstörerisch für die Region entpuppen, so das Fazit der Autoren.

Auf den ersten Blick mag die Stringenz der marxistischen Analyse anachronistisch wirken, aber sie bietet ein völlig anderes Erklärungsmuster für einen Konflikt, der allgemein als ein Kampf um Land, Wasser, Ideologie oder Selbstbestimmung gedeutet wird. Die Autoren haben mit der „irreführenden“ Terminologie, die diesen Konflikt dominiert, aufgeräumt und Israel als einen Dominostein im US-dominierten kapitalistischen System verortet. Der ganze Nahostkonflikt gerinnt zu bloßer Politik-Ökonomie; dies verleiht dem Buch teilweise jedoch kafkaeske Züge. Es sollte nicht nur von Ökonomen gelesen, sondern von allen an dieser Region Interessierten zur Kenntnis genommen werden.

*Markus A. Weingardt: Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949. Campus, Frankfurt 2002. 504 S. ISBN 3-593-37109-x.*

Endlich liegt eine erste Gesamtdarstellung der deutsch-israelischen Beziehungen in Form der Dissertation von Markus A. Weingardt vor. Er hat die Geschichte dieser besonderen Beziehungen minutiös und sehr detailliert nachgezeichnet, leider nur anhand von Sekundärquellen. In zehn Kapiteln beschreibt er eine Gratwanderung, die von zahlreichen Turbulenzen erschüttert wurde. Zu diesen kam es, weil immer wieder mit der Vergangenheit unsensibel umgegangen wurde. Den roten Faden, der sich durch dieses Buch zieht, bilden die verschiedenen deutschen Regierungen, deren gemeinsames Charakteristikum die besondere Verantwortung und der Einsatz für die Existenz des Staates Israel ist. Diese Sorge ist heute aufgrund der militärischen Übermacht Israels völlig unbegründet.

Die ersten schwierigen Schritte in Richtung Aussöhnung wurden von Konrad Adenauer getan. Ein Glücksfall für die noch junge Bundesrepublik, dass auf israelischer Seite ein Politiker vom Format eines David Ben-Gurion Ministerpräsident war. Obwohl Adenauer die deutsche Schuld bewusst war, benötigte die Bundesregierung über zwei Jahre, bis sie sich zu einem „offiziellen Bekenntnis von Schuld und Verantwortung“ durchringen konnte. Dies geschah jedoch nicht aus freien Stücken, sondern nach der „Ermutigung“ durch die drei hohen alliierten Kommissare. In dieser Erklärung war aber von konkreter Schuld nirgends die Rede. Israel wurde nur „als Hafen heimatlos gewordener Juden“ bezeichnet; dennoch akzeptierte Israel es als das geforderte Zeichen des Versöhnungswillens. Hätte es auf israelischer Seite nicht einen weitsichtigen Politiker wie Ben-Gurion gegeben, wäre eine Annäherung wesentlich



komplizierter verlaufen. Die Adenauer-Regierung stand sich mit der Anwendung der „Hallstein-Doktrin“, dem deutschen Alleinvertretungsanspruch in den bilateralen Beziehungen, in ihrer Nahostpolitik oft selbst im Wege. „Der große Verlierer der Hallstein-Doktrin war Israel.“ Das Land wurde zum „Bittsteller“, und die Bundesregierung „diktierte die Bedingungen“, so der Autor. Adenauer und später sein Nachfolger Ludwig Erhard benutzten die deutsche Nahostpolitik, um Wirtschaftsbeziehungen und die Reputation Deutschlands zu fördern. Realpolitische Überlegungen kamen vor moralischen Erwägungen.

Mit der sozialliberalen Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt gab es ein Stück „Normalisierung“ in den bilateralen Beziehungen. Außenminister Walter Scheel sorgte mit seiner Behauptung, dass die Beziehungen zu Israel so normal wie zu jedem anderen Land seien, für erhebliche Irritationen in Israel. Bundeskanzler Brandt konnte diese Verstimmungen dadurch beenden, dass er von „normalen Beziehungen mit besonderem Charakter“ sprach. Zu erneuten Störungen kam es durch die Ölkrise 1973 und die Tatsache, dass die deutsche Nahostpolitik zusehends im europäischen Kontext betrieben wurde. Brandt genoss aufgrund seiner Vita in Israel höchstes Ansehen. Mit seinem Rücktritt ging auch in der „Israelpolitik eine Ära zu Ende“, so der Autor.

Zu erheblichen Störungen zwischen Israel und Deutschland kam es in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Der Kanzler war der erste, der sich für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser einsetzte. Dafür wurde er von Israels Ministerpräsident Menachem Begin heftig kritisiert. Bei beiden Politikern stimmte die politische Chemie überhaupt nicht. Weingardt betont, dass es in der Regierungszeit von Schmidt und Hans-Dietrich Genscher andere geschichtsträchtige Ereignisse wie das Camp David-Abkommen, die Annexion Ost-Jerusalems und der Golan-Höhen sowie den Libanonkrieg, der mit dem Massaker von Sabra und Shatila und dem Rücktritt von Verteidigungsminister Sharon und später auch von Ministerpräsident Begin endete, gegeben habe. Selbst diese schwierige Phase überstanden die bilateralen Beziehungen unbeschadet. Der Autor hebt besonders hervor, dass diese Ereignisse die Hemmschwelle der Israelkritik erheblich herabgesenkt hätten; dies sollte doch ein Stück Normalität sein, da die Begin-Regierung zahlreiche Maßnahmen durchführte, die gegen das Völkerrecht verstießen.

Mit der Kanzlerschaft von Helmut Kohl trat Deutschland in eine Phase „neuer Normalität“ ein. Kohl benahm sich zu Beginn seiner Amtszeit etwas linkisch, sprach in Israel von der „Gnade der späten Geburt“. Nicht ganz zu Unrecht befürchtete die politische Klasse Israels eine Neuausrichtung deutscher Politik. Wie Weingardt aber darlegt, hatte Israel in Kanzler Kohl den besten Verbündeten in Europa. Er war es, der Israel zu seiner privilegierten Position in der EU verhalf. Kohl unterstützte auch kritiklos die US-amerikanische Nahostpolitik und sprach niemals vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Die von Kohl zur Schau getragene „demonstrative Normalität“ wurde von ihm in seiner politischen Wirkung „unterschätzt“. Kohl korrigierte sie umgehend durch ein Übermaß an Israelloyalität.

In der Regierungszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder sei Deutschland eine „erwachsene Republik“ geworden. Seine Nahostpolitik stand ganz im Zeichen von Kontinuität. Die rot-grüne Bundesregierung unterstützte den Friedensprozess vorbe-



haltlos. Außenminister Joschka Fischer agierte als Vermittler sowohl bilateral als auch im Rahmen der EU und der UNO – nicht ganz ohne Erfolg. Einen eigenständigen Vermittlungsbeitrag wollte man bewusst nicht leisten. Fischer unterstützte die Politik aus historischer Einsicht vorbehaltlos, „was für einen Politiker der Grünen nicht selbstverständlich war“. In den deutsch-israelischen Beziehungen habe sich ein so enges Geflecht entwickelt,

„dass ihr Bestand und ihre Qualität weitgehend unabhängig ist vom gegenseitigen Verständnis der jeweiligen Regierungspolitiker. Zu wichtig sind die Staaten und Regierungen füreinander, zu viel hat sich entwickelt, zu viel verbindet sie.“

Wenngleich die Kapitel der Politik der einzelnen Bundesregierungen zu den Stärken dieses Buches zählen, ist die Darstellung des Friedensprozesses unzureichend. Zu affirmativ und völlig unkritisch wird das wiedergegeben, was von offizieller Seite verlautbart wird. Eine kontroverse Diskussion findet nicht statt. Auch der Diskurs über eine mögliche Kritik einiger Aspekte israelischer Politik, insbesondere gegenüber den Palästinensern, bleibt auf Persönlichkeiten beschränkt, welche die bekannten Standardargumente immer wieder vortragen. Ob diese nicht zu Ritualen erstarrt sind, stellt sich für den Autor gar nicht. Für Bundespräsident Johannes Rau wird das bilaterale Verhältnis „immer ein besonderes sein“. Dass eine solche Aussage auch einen Stillstand suggeriert und geschichtsdeterministische Züge trägt, scheint den Autor nicht zu stören. Daraus begründet man auch eine Zurückhaltung in der Kritik Israels.

Leider hat der Autor keine einzige kritische Stimme aus Israel zitiert, wo es doch zahlreiche Persönlichkeiten gibt, die wesentlich Erhellenderes und Weitsichtigeres zum deutsch-israelischen Verhältnis geschrieben haben. Uri Avnery, Felicia Langer, Tanya Reinhart, Baruch Kimmerling u. v. a. sind dem Autor und der deutschen politischen Klasse um Lichtjahre voraus. Warum sollten sich die Beziehungen nicht normalisieren? Warum sollen alle nachfolgenden Generationen mit einem Gefühl „ewiger Schuld“ aufwachsen? All diese Fragen scheinen den Autor nicht zu interessieren. Die kritischen Israelis warnen immer wieder vor einseitiger Instrumentalisierung des Holocausts von Seiten Israels, um dadurch jedwede Kritik an seiner brutalen Besatzungspolitik abzuwürgen. Auch das groteske Argument, Kritik an Israel sei antisemitisch, bleibt unerörtert. Diese Behauptung hätte intensiver behandelt werden müssen. Es gibt aber auch eine Instrumentalisierung auf deutscher Seite, die ebenfalls unberücksichtigt bleibt. Der Mangel an kritischer Literatur und die Auseinandersetzung mit kontroversen Thesen sind auch die Hauptmankos, deren Erörterung dem ansonsten sehr nützlichen Buch gut getan hätte. Eine kritische Gesamtwürdigung der deutsch-israelischen Beziehungen ist dies jedoch nicht. Dazu bewegt sie sich zu sehr in der politisch korrekten Terminologie.

*Kenneth Lewan: Die zweite Intifada – Zwiespalt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Fischer & Fischer, Frankfurt 2002. 160 S. ISBN 3-89950-029-6.*

Die Komplexität des Nahostkonflikts erschließt sich dem Außenstehenden nur sehr lückenhaft; umso wichtiger ist deshalb eine kohärente Berichterstattung. Eine solche ist wegen des Zwangs zur Aktualität für Tageszeitungen nicht immer möglich. Kenneth Lewan, Professor emeritus für Politikwissenschaft, ist diesem Sachverhalt in der

renommiertesten deutschen Tageszeitung, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), nachgegangen. Die Kapitel befassen sich mit Camp David, der Al-Aqsa-Intifada, der Geschichte, den Terroranschlägen in den USA sowie der Rolle, welche die USA und Deutschland im Nahostkonflikt spielen. Wie seine Untersuchung zeigt, ziehen sich gravierende Meinungsverschiedenheiten und Differenzen über den Nahostkonflikt quer durch die Zeitungsredaktion. Bei der extremen Individualität der Redakteure ist dies nicht verwunderlich. Über die Berichterstattung zu den Camp David-Verhandlungen schreibt der Autor, dass die FAZ eine „Ansammlung von irreführenden Unbestimmtheiten“ verbreitete habe und die Äußerungen einiger FAZ-Mitarbeiter „sehr ungenau“ gewesen seien. Harte Urteile, die Lewan aber belegt. Was der Autor über das Verhalten von Teilen der deutschen politischen Elite schreibt, wie er die Repräsentanten des Zentralrates der Juden in Deutschland beurteilt oder wie er über Möllemann und die sogenannte Antisemitismusdebatte denkt, ist alles andere als politisch korrekt. Diese Studie ist sehr aktuell und überaus lesenswert. Ob die Ratschläge des Autors im deutschen Denken Früchte tragen werden, bleibt abzuwarten. Skepsis ist jedoch angebracht. Die Studie ist ein gutes Beispiel dafür, welch weiten Weg selbst Meinungsmacher noch zurücklegen müssen, wenn sie realpolitische Vorgänge in Israel realistisch kommentieren wollen.